



Alternative
Hauptstadtfraktion



Innere Sicherheit

Ausländerkriminalität und Remigration

14. April 2025

**Positionspapier der
AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
zum Thema "Innere Sicherheit"**

Einleitung

Die Alternative für Deutschland hat sich auf ihrem 16. Bundesparteitag an eine wichtige, eigenständige Definition des Remigrationsbegriffes gewagt, und diesen nach einigen Debatten in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2025 geschrieben: Im Kapitel „Asyl- und Migrationspolitik“ (Seite 100ff.) wird ein umfangreicher Maßnahmenkatalog „zur Umkehr dieses migrationspolitischen Staatsversagens“ als **Remigration** bezeichnet.

Im *engeren* Sinne des Begriffs wird darunter

- ➔ die staatlich forcierte Abschiebung von Ausreisepflichtigen,
- ➔ die konsequente Rückführung von Gefährdern, Extremisten und Kriminellen
- ➔ die Bekämpfung von importierten ethnisch-kulturellen und politischen Konflikten und
- ➔ die Förderung einer freiwilligen Rückwanderung einschließlich Verhandlungen mit den entsprechenden Herkunftsländern verstanden.¹

Der Zusammenhang zwischen grundfalscher Migration (insbesondere aus dem afro-arabischen Raum) und ansteigender Kriminalität wird hier mitgedacht und auch die Rückführung von Straftätern als richtige Antwort auf diese Grundproblematik gefordert. Allerdings taucht der Remigrationsbegriff jenseits des Kapitels „Asyl- und Migration“ kein zweites Mal auf.

Demgegenüber muss das Konzept der **Remigration** als wichtige Antwort auch auf zentrale innenpolitische Herausforderungen der Gegenwart stärker in den Fokus der Öffentlichkeit rücken.

¹ Vgl. Alternative für Deutschland (2025): Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag, S.100ff.; online im Internet: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2025/02/AfD_Bundestagswahlprogramm2025_web.pdf.

Die Fakten zum Thema „Innere Sicherheit und Migration“

Ausländer sind gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil deutlich überproportional unter den Tatverdächtigen von in den Polizeilichen Kriminalstatistiken von Bund und Ländern erfassten Straftaten vertreten. Bundesweit sind 2022 783.876 Ausländer als Tatverdächtige von Straftaten ermittelt worden. Im Migrationskrisenjahr 2016 sind nahezu eine Million Ausländer als Tatverdächtige polizeilich erfasst worden.²

In etablierten Diskursen wird das erschreckende Ausmaß der Ausländerkriminalität regelmäßig dergestalt verharmlost und verschleiert, als dass darauf verwiesen wird, dass andere Einflussgrößen, wie „belastende Lebensumstände“, der Zugang zum Arbeitsmarkt, das männliche Geschlecht, ein junges Alter oder die Unterbringungssituation von Asylanten³ erklärungsrelevant für kriminelles Verhalten von Ausländern seien. Herkunftsbezogene Erklärungen erscheinen hier nur als zu relativierende Randnotizen.

Auch die Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin 2024 verweist – richtigerweise – auf die Komplexität von Kriminalitätsursache und nennt beispielhaft den Bildungsstand, Sprachkenntnisse, eigene Gewalterfahrungen in der Kindheit, den Freundeskreis und die finanzielle Situation als kriminogene Faktoren.⁴ Nichtsdestotrotz kommen die Autoren nicht umhin einzugestehen, dass „die Prägung durch Werte und Normen anderer Kulturen zu Konflikten führen und abweichendes bzw. delinquentes Verhalten begünstigen“⁵ kann.

Die dramatische Problemlage in Berlin

Die Themen innere Sicherheit und Migration sind insbesondere in einer Stadt wie Berlin, die mit Herausforderungen wie Clankriminalität, Straßenkriminalität, Parallelgesellschaften und Migration zu kämpfen hat, eng miteinander verknüpft.

50,9 %⁶, also 73.017 der insgesamt im Berichtszeitraum 2024 ermittelten 143.534 Tatverdächtigen des Landes Berlin waren Ausländer⁷. Jede zweite Straftat in der Hauptstadt wurde durch Nichtdeutsche begangen. Noch drastischer ist der Ausländeranteil unter den Tatverdächtigen bestimmter Delikte: Mord und Totschlag wurden in Berlin 2024 zu 48 Prozent durch Nichtdeutsche begangen. 44,3 Prozent der ermittelten Körperverletzungen und 38,4 Prozent der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung waren Nichtdeutsche.⁸ Der Ausländeranteil an der Bevölkerung Berlins liegt nur bei 21,9 Prozent.⁹

² Vgl. die Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Frage des Abgeordneten Matthias Helferich, Drucksache 20/10565, S. 41f.

³ Vgl. Walburg, Christian (2020): Migration und Kriminalität – Erfahrungen und neuere Entwicklungen; online im Internet: <https://www.bpb.de/themen/innere-sicherheit/dossier-innere-sicherheit/301624/migration-und-kriminalitaet-erfahrungen-und-neuere-entwicklungen/#%E2%80%9E12%E2%80%9C>.

⁴ Vgl. Polizei Berlin (Hrsg.) (2024): Kriminalität in Berlin 2023 Polizeiliche Kriminalstatistik und ergänzende Informationen; online im Internet: <https://www.berlin.de/polizei/verschiedenes/polizeiliche-kriminalstatistik/>, S. 117.

⁵ ebd. FN 4

⁶ Ohne ausländerrechtliche Verstöße betrug der Anteil der nicht-deutschen Tatverdächtigen immer noch 43,9 %.

⁷ Vgl. Polizei Berlin (Hrsg.) (2025): Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin 2024 Kurzbericht mit ausgewählten Delikten und ergänzenden Informationen im Überblick; online im Internet: <https://www.berlin.de/polizei/verschiedenes/polizeiliche-kriminalstatistik/>, S. 33.

⁸ Vgl. Polizei Berlin (Hrsg.) (2025): Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin 2024 Kurzbericht mit ausgewählten Delikten und ergänzenden Informationen im Überblick; online im Internet: <https://www.berlin.de/polizei/verschiedenes/polizeiliche-kriminalstatistik/>

⁹ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, jeweils Stand 31.12. des Vorjahres

Zur Sicherheitslage in Berlin müssen vor allem drei Problemfelder benannt werden:

1. Kriminalität und Migrantanteil

- In Berlin gibt es eine überdurchschnittliche Kriminalitätsbelastung in bestimmten Stadtteilen mit hohem Migrantanteil.
- Speziell organisierte Kriminalität, darunter Clankriminalität, ist stark mit familiären und ethnischen Strukturen verbunden.
- Eine unkontrollierte Zuwanderung führt laut Sicherheitsberichten zu sozialen Spannungen, Überlastung der Sozialstrukturen und steigenden Kriminalitätsraten in bestimmten Bereichen.

2. Parallelgesellschaften & Integrationsprobleme

- In Stadtteilen wie Neukölln oder Wedding haben sich Parallelgesellschaften entwickelt, in denen sich einige Gruppen nicht in die deutsche Gesellschaft integrieren.
- Dies erschwert die Arbeit von Polizei und Justiz, da die Autorität des Staates oft nicht anerkannt wird.

3. Abschiebung und Rechtsstaat

- Es gibt Probleme beim Vollzug von Abschiebungen, insbesondere wenn Betroffene keine gültigen Papiere haben, ihre Herkunftsländer die Rücknahme verweigern oder die Ausreisepflichtigen nicht an ihren Meldeadressen aufgefunden werden.
- Eine nicht funktionierende Remigration kann das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat schwächen und zu weiterem Unmut führen.

Das Problem „Clan-Kriminalität“

Das aussagekräftigste Beispiel für einen nicht nur korrelativen, sondern kausalen Zusammenhang zwischen Migrantenstatus und kriminellen Verhalten ist der Phänomenbereich der **Clankriminalität**.

Clankriminalität umfasst das delinquente Verhalten von Clanangehörigen. Dabei ist ein Clan eine informelle soziale Organisation, die durch ein gemeinsames Abstammungsverständnis ihrer Angehörigen bestimmt ist. Sie zeichnet sich insbesondere durch eine hierarchische Struktur, ein ausgeprägtes Zugehörigkeitsgefühl und ein gemeinsames Normen- und Werteverständnis aus. Die Clanzugehörigkeit stellt dabei eine verbindende, die Tatbegehung fördernde oder die Aufklärung der Tat hindernde Komponente dar, wobei die eigenen Normen und Werte über die in Deutschland geltende Rechtsordnung gestellt werden können. Clankriminalität kann folgende Indikatoren aufweisen:

- ➔ eine starke Ausrichtung auf die zumeist patriarchalisch-hierarchisch geprägte Familienstruktur,
- ➔ eine mangelnde Integrationsbereitschaft mit Aspekten einer räumlichen Konzentration,
- ➔ das Provozieren von Eskalationen auch bei nichtigen Anlässen oder geringfügigen Rechtsverstößen,
- ➔ die Ausnutzung gruppenimmanenter Mobilisierungs- und Bedrohungspotenziale,
- ➔ ein erkennbares Maß an Gewaltbereitschaft.¹⁰

Als Folge der rechtswidrigen Massenmigration seit 2015 ist es in diesem Bereich zu einer zusätzlichen Verschärfung gekommen: Die seit Jahrzehnten hier in Berlin ansässigen arabisch-libanesischen Clanstrukturen sehen sich zunehmend mit einer kriegserfahrenen und noch brutaleren Clankonkurrenz aus Syrien, dem Irak oder aus Tschetschenien konfrontiert, die um die Vorherrschaft auf kriminellen Märkten kämpft.¹¹ In Berlin richtet sich die Bekämpfung dieses Phänomens vorrangig auf Angehörigen arabischstämmiger krimineller Strukturen, deren ethnische Wurzeln insbesondere mhallamiye-kurdisch, libanesisch oder palästinensisch und deren Migrationsbiografien oftmals auf die Kriegsflucht aus dem Libanon zurückzuführen sind.¹²

Remigration würde nicht nur bestehende Clans deutlich schwächen, sie verhindert auch den weiteren Aufwuchs und die Genese neuer Clanstrukturen in Deutschland.

¹⁰ Vgl. Polizei Berlin (Hrsg.) (2024): Lagebild Organisierte Kriminalität Berlin 2023, S. 32.

¹¹ Berliner Morgenpost (2023): Phänomen „Neue Clans“: Wer Remmo und Co. Konkurrenz macht; online im Internet: <https://www.morgenpost.de/berlin/article239645883/clans-berlin-kriminalitaet-remmo.html>.

¹² Vgl. Polizei Berlin (Hrsg.) (2024): Lagebild Organisierte Kriminalität Berlin 2023, S. 32.

Der Abschlussbericht des Forschungsprojektes „Kriminalitäts- und Einsatzbrennpunkte geprägt durch ethnisch abgeschottete Subkulturen“ stellte demgemäß fest, dass „generalpräventive und kriminalitätsbegrenzende Wirkungen gegenüber dieser Personengruppe (...) in erster Linie *aufenthaltsbeendende Maßnahmen*“¹³ haben dürften.

Eine **Remigrationspolitik**, die u.a. eine entschlossene Rückführung von Delinquenten, Illegalen und Kriminellen umfasste, wäre also geeignet, die bereits in Deutschland verankerte Clan-Kriminalität zu begrenzen und teilweise sogar zu verhindern.

Alltagskriminalität und Migrationshintergrund

Aber auch in der **Massen- beziehungsweise Alltagskriminalität** kann die mit der Herkunft von Migranten einhergehende kulturelle Prägung ein kriminogener Faktor sein, wie die kriminologische Studie der Ruhr Universität Bochum „Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste in Nordrhein-Westfalen“ gezeigt hat. Die Forscher befragten betroffene Einsatzkräfte nach ihren Einsatzerfahrungen und verschiedenen Formen von Gewalt, die sie erlebt haben. Die Befragten gaben an, dass ihrem Eindruck nach zwischen 41,9 und 57 Prozent der Bedrohungen und physischen Übergriffen durch Täter mit Migrationshintergrund begangen worden sind. Der Abschlussbericht verweist zudem auf Erkenntnisse, wonach kulturelle Motive häufig bzw. manchmal situationsrelevant für Übergriffe sind. Einen solchen Kulturkonflikt fasste ein Teilnehmer wie folgt zusammen:

„Eintreffen – türkische Ehefrau mit Kopfplatzwunde – Kopftuch abnehmen zur Versorgung – Ehemann wurde aggressiv.“¹⁴

¹³ Landeskriminalamt NRW (Hrsg.): KEEAS. Kriminalitäts- und Einsatzbrennpunkte geprägt durch ethnisch abgeschottete Subkulturen, S. 22; online im Internet: https://polizei.nrw/sites/default/files/2020-06/KEEAS-Abschlussbericht_de+en.pdf.

¹⁴ Vgl. Lehrstuhl für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft (Hrsg.) (2018): Forschungsprojekt „Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehren und Rettungsdienste in Nordrhein Westfalen“, Schlussbericht, online im Internet: http://www.kriminologie.ruhrunibochum.de/images/pdf/Abschlussbericht_Gewalt_gegen_Einsatzkraefte.pdf, S. 1, 42, 64.

In Berlin spiegelt sich das in folgenden Zahlen wider:

Im Jahr 2024 erreichten Gewalttaten gegen Polizeivollzugskräfte einen neuen Höchststand. Die Anzahl der Polizeivollzugskräfte, die Opfer einer Gewalttat wurden, erhöhte sich auf 10.584 (+10,2% gegenüber dem Vorjahr).¹⁵

Auch Messer-Kriminalität ist zu einem ernsthaften Problem geworden: 2024 verzeichnete die Berliner Polizei 3.412 Fälle im Zusammenhang mit Messerangriffen.¹⁶

All diese erschreckenden Daten aus den offiziellen Polizeistatistiken zeigen eindringlich: Berlin hat ein massives Sicherheitsproblem, das die Lebensqualität der Bürger schwer beeinträchtigt. Für sie ist auch der Zusammenhang zwischen ansteigender Migration und sinkender Sicherheit im öffentlichen und privaten Raum unübersehbar. Die Mehrheit der Bürger weiß: Clan-Kriminalität, Messerangriffe, Gruppenvergewaltigungen und sogenannte No-Go-Areas sind Folgen einer verfehlten Migrations- und Sicherheitspolitik. Diese Themen bestimmen daher das alltägliche Gespräch und die mediale Debatte, währenddessen die etablierten Parteien – allen voran CDU und SPD – trotz gegenteiliger Bekenntnisse weitgehend hilflos agieren. Linke Parteien wiederum beschwichtigen und halten die Migrationsschleusen weiterhin offen. Das Kleinreden und die spürbare Passivität seitens der Regierenden führt zu steigendem Unmut in der Bevölkerung.

Die Antwort der AfD: Handeln und Durchgreifen!

Die AfD-Fraktion hat die Probleme von Anfang an klar benannt und zielführende Lösungen aufgezeigt. Während andere Parteien Symbolpolitik betreiben oder nur halbherzige Maßnahmen ergreifen, fordern wir seit unserer Gründung ein entschlossenes Vorgehen.

¹⁵ Vgl. Polizei Berlin (Hrsg.) (2025): Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin 2024 Kurzbericht mit ausgewählten Delikten und ergänzenden Informationen im Überblick; online im Internet: <https://www.berlin.de/polizei/verschiedenes/polizeiliche-kriminalstatistik/>, S. 4.

¹⁶ Vgl. Polizei Berlin (Hrsg.) (2025): Polizeiliche Kriminalstatistik Berlin 2024 Kurzbericht mit ausgewählten Delikten und ergänzenden Informationen im Überblick; online im Internet: <https://www.berlin.de/polizei/verschiedenes/polizeiliche-kriminalstatistik/>, S. 4.

Strategische Stoßrichtung

Die CDU fordert immer wieder eine härtere Gangart, setzt diese politisch aber nicht um.

Die AfD dagegen hat eine klare Botschaft und bietet den Wählern ein echtes Alleinstellungsmerkmal: Null Toleranz gegenüber Kriminellen, eine entschlossene Remigrationspolitik und eine Polizei mit maximaler rechtsstaatlicher Handlungsfreiheit.

Wir fordern daher u.a.:

- a. Vollständige Videoüberwachung in allen Brennpunktbereichen:** Jede U-Bahn-Station, jeder Park mit hoher Kriminalitätsrate muss lückenlos überwacht werden.
- b. Einführung mobiler Polizeiwachen in Problemvierteln:** Flexible Einsatzzentralen ermöglichen eine dauerhafte polizeiliche Präsenz.
- c. Schaffung eines dichteren Netzes stationärer Polizeiwachen:** Dadurch können Bürger schnell und einfach Hilfe erhalten.
- d. Kriminalitätsbezogene Ausgangssperren:** Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für kriminalitätsbezogene nächtliche Ausgangssperren für jugendliche Intensivtäter. Diese Maßnahme hat in Frankreich bereits Wirkung gezeigt.
- e. Wiedereinführung von Polizeikontrollen ohne Anlass in Problemvierteln:** Sicherheitszonen müssen echte Befugnisse für Durchsuchungen erhalten, um die Messerkriminalität effektiv zu bekämpfen.
- f. Verschärfung der Strafgesetze durch Einführung von Strafzonen mit doppeltem Strafmaß:** Kriminalitätsschwerpunkte sollen Sonderregelungen für schärfere Strafen erhalten.
- g. Schnellverfahren für ausländische Straftäter:** Innerhalb von 72 Stunden muss bei Straftaten mit hoher Beweisdichte über eine Abschiebung entschieden werden.
- h. Präventive Inhaftierung von Gefährdern ohne Aufenthaltsrecht:** Jeder polizeibekanntes Gefährder muss sofort in Gewahrsam genommen werden, bis eine Abschiebung durchgeführt wird.
- i. Entschließungsantrag für mehr Kompetenzen der Berliner Ausländerbehörde:** Das Land Berlin soll befugt sein, Abschiebungen eigenständig durchzuführen, ohne sich auf den Bund verlassen zu müssen.
- j. Bau eines neuen, ausreichend dimensionierten Abschiebezentrums:** Berlin benötigt eine eigene Einrichtung, um Abschiebungen effizient durchzuführen.
- k. Einrichtung von Gefängnissen im Ausland und Kooperationsmöglichkeiten mit Drittstaaten für den Strafvollzug:** Straftäter ohne deutschen Pass sollen ihre Haftstrafen in ihren Herkunftsländern oder Drittländern verbüßen.

- l. Schaffung einer rechtlichen Grundlage für Abschiebungen durch bilaterale Abkommen mit Drittstaaten:** Verbindliche Rückführungsvereinbarungen müssen konsequent umgesetzt werden.
- m. Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft für Kriminelle:** Schaffung einer gesetzlichen Grundlage, die bei Vorliegen einer doppelten Staatsbürgerschaft, die Ab-erkennung der deutschen Staatsbürgerschaft ermöglicht, wenn es sich um eingestufte Gefährder oder relevante Personen handelt oder die betroffene Person einer kriminellen Organisation bzw. einem Clan angehört oder angehörte.

Diese Forderungen setzen die CDU weiter unter Druck, denn sie zeigen klar auf, wo die Union in ihrer angeblichen „Härte gegen Kriminalität“ weiterhin versagt. Während sie sich auf Ankündigungen beschränkt, bieten wir konkrete, umsetzbare Lösungen, denn unsere Maßnahmen erfordern keine langwierigen Gesetzesänderungen, sondern klare politische Entscheidungen und einen konsequenten Gesetzesvollzug der Exekutive.

Der europäische Kontext

Länder wie Dänemark und die Niederlande haben in den letzten Jahren gezeigt, dass effektive Sicherheitspolitik möglich ist – und wir sehen darin ein Vorbild für Deutschland. Nicht nur sämtliche patriotische Parteien in Europa haben in Bezug auf das Migrations- und Sicherheitsproblem ähnliche bis gleichlautende Forderungen wie die AfD, insbesondere was die konsequente Abschiebung krimineller Ausländer betrifft: Dänemark zeigt darüber hinaus, dass eine solche „Politik der Härte“ sogar von einer linken sozialdemokratischen Regierung (!) vollzogen werden kann. Die dänische Premierministerin Mette Frederiksen sieht in der **Remigrationspolitik** ein Schlüsselement zur Lösung des prekären Sicherheitsproblems.¹⁷

Der Weg zum Erfolg – Schutz und Sicherheit für die Bürger

Die AfD-Fraktion hat von Anfang an die richtigen Maßnahmen gefordert. Die CDU übernimmt inzwischen zwar einige unserer Positionen, doch das reicht nicht aus. Wir gehen weiter: Verschärfte Abschieberegeln, stärkere Polizeibefugnisse, konsequente Maßnahmen gegen jugendliche Intensivtäter und innovative Überwachungs- und Präventionsmethoden.

Wir sind die einzige Fraktion, die eine echte Sicherheitswende für Berlin fordert – ohne faule Kompromisse und ohne politische Korrektheit. Es ist Zeit, dass die Berliner endlich den Schutz und die Sicherheit erhalten, die sie verdienen.

¹⁷ Siehe: <https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2025/massenmigration-bedroht-europas-alltagsleben-sagt-mette-frederiksen/>